



Tim Ostermann

CDU

Ostermann

DIREKT



Nr. 75 - Ausgabe 09/2017 - Seite 1

Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Mit der großen Reform haben wir heute das Grundgesetz geändert

Nach intensiven Beratungen haben wir heute die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage gestellt. Die Neuregelung ist aufgrund des Auslaufens des bisherigen Länderfinanzausgleichs und des Solidarpakt II im Jahr 2019 notwendig. Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Von dieser Entlastung wird allein Nordrhein-Westfalen jährlich 1,43 Mrd. Euro zusätzlich erhalten. Die Entlastung je Einwohner beträgt damit ca. 80 Euro.



Wichtiges Reformprojekt: Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Der Bund übernimmt mit dieser Neuregelung zugunsten der Länder mehr finanzielle Verantwortung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Im Gegenzug erhält der Bund mehr Kontrollrechte gegenüber den Ländern. Der Stabilitätsrat wird dazu künftig die Einhaltung der Schuldenbremse auch auf Länderebene überwachen. Zu dem Gesetzespaket gehört ebenso die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft auf Bundesebene. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von den 16 Ländern auf den Bund. Die Infrastrukturgesellschaft wird ab 2021 ihre Arbeit aufnehmen. Wir sichern den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zu und werden auf ihre Bedürfnisse eingehen.

Durch eine weitere Grundgesetzänderung haben wir Bund und Länder dazu verpflichtet, ihre Verwaltungsdienstleistungen digital anzubieten. Die Verwaltungsportale von Bund, Ländern und Kommunen sollen in einem Portalverbund zusammengeführt werden. Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen die Leistungen des Portalverbundes jeweils mit einem einzigen Nutzerkonto in Anspruch nehmen können. Onlineangebote der Verwaltung sollen direkt, schnell, einfach und sicher genutzt werden können. Da ich innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Thema „Digitale Verwaltung“ zuständig bin, freut mich dieser große Fortschritt besonders.

Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann. Von der Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderprogramms in Höhe von 3,5 Mrd. Euro erhält Nordrhein-Westfalen 1,12 Mrd Euro. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen. Als Land ohne Rohstoffe sind kluge Köpfe unsere Zukunft.

Dr. Tim Ostermann
Bundestagabgeordneter für
den Kreis Herford und
Bad Oeynhausen

Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71311
Fax: 030 - 227 76313

Wahlkreis
Berliner Straße 10, 32052 Herford
Telefon: 05221 - 121 60 50
Fax: 05221 - 121 60 52

Webseite: www.timostermann.de
E-Mail: tim.ostermann@bundestag.de
facebook: facebook.com/timostermann.de
twitter: twitter.com/ostermannmb



Tim Ostermann

Die EU braucht keinen „Restart“, sondern Reformen

Ich habe mit Schülern und Politikern anderer Parteien über die Zukunft der EU diskutiert



Die Diskutanten beim EU-Projekttag im Friedrich-List-Berufskolleg

Deutschlandweit wurde in der letzten Woche an Schulen der EU-Projekttag veranstaltet. So auch im Friedrich-List-Berufskolleg Herford, wo ich zu diesem Anlass zu Gast sein durfte. In einem Workshop habe ich die Fragen der Schüler zu Europa beantwortet. Diese machten deutlich, dass für sie insbesondere die Friedenssicherung und die Reisefreiheit wichtige Argumente für Europa sind. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion mit anderen Politikern wurde die Zukunft der EU thematisiert. Die Veranstaltung wurde von einem Vertreter der Initiative „Restart Europe now“ moderiert. Ich habe betont, dass wir keinen "Restart", aber Reformen innerhalb der EU benötigen.

Dampfgarer-Produktion mit Industrie 4.0

Mitarbeiter des Imperial-Werkes in Bünde präsentieren moderne Produktionstechnologien

Mit rund 275.000 Euro fördert das Bundesforschungsministerium das Projekt NeWiP (Neue Wege zur informationsgeführten Produktion). Das Imperial-Werk der Miele-Gruppe in Bünde beteiligt sich an diesem Projekt. Gemeinsam mit Bürgermeister Wolfgang Koch und Martin Schuster, Vorsitzender der CDU Bünde, habe ich mir einen Eindruck von der Verwendung der Bundesmittel verschafft und mich vor Ort informiert. Begrüßt wurden wir von Dr. Uwe Brunkhorst, dem Leiter des Werkes.



Mit Martin Schuster (v.l.) und Bürgermeister Wolfgang Koch zu Gast bei Dr. Uwe Brunkhorst, Rouven Vierfuß und Dr. Felix Busch vom Imperial-Werk

Bei einem Gedankenaustausch wurden das Thema Industrie 4.0 bei Miele und die geförderten Projekte vorgestellt. Rouven Vierfuß, Leiter des Industrial Engineering, und Dr. Felix Busch, technischer Assistent der Werkleitung, erläuterten die Ergebnisse der angewandten Forschung: Die Mitarbeiter, die die Dampfgarer zusammenbauen, werden mit einem IT-gestütztem Assistenzsystem ausgestattet. Jeder Montagewagen verfügt über einen Tablet-Computer, der dem Werker Anweisungen oder Hinweise gibt. „Die Montage von Dampfgarern kann mithilfe dieser modernen Kommunikationstechnologie effizienter gestaltet werden“, erläuterte Uwe Brunkhorst.



Ali Ahmadi aus der Abteilung Industrial Engineering präsentiert die modernen Produktionstechnologien

Ich war sehr beeindruckt von den modernen Produktionstechnologien, die in Bünde erprobt werden. Die Forschungsgelder sind in Bünde gut angelegt. Die Innovationskraft bei Imperial ist traditionsgemäß hoch. Die Umsetzung von Industrie 4.0 bei Miele in Bünde wird in einem Youtube-Video anschaulich erklärt. Unter dem folgenden Link lässt sich das Video abrufen: <https://youtu.be/MuEW5Pzp9R0>